

gelernte Arbeiter (Facharbeiter) überwiegend Mittlere Reife (35%) und Hauptschulabschluß (17%), übrige Arbeiter ganz überwiegend den Hauptschulabschluß (47%) vor.

Die Eltern, die für ihre Kinder lediglich einen Hauptschulabschluß vorsehen (501 Kinder), wurden nach 10 vorgegebenen Beweggründen gefragt, warum sie für ihr Kind keinen höheren Schulabschluß anstreben. Nur jeweils ein Grund konnte angegeben werden. Bei den meisten Kindern, die sich noch nicht bzw. noch im Schulbereich (ohne Berufsschulen) befanden, wurde in allen sozialen Schichten am häufigsten die schulische Leistung des Kindes als Motiv angeführt: 32% der Kinder zeigten nach Meinung der Eltern oder Lehrer eine zu geringe Begabung für einen höheren Schulabschluß bzw. die Eltern hielten die damit verbundenen Anforderungen als zu hoch für das Kind. An zweiter Stelle (18%) wird erwähnt, daß das Kind keinen höheren schulabschluß anstreben will, an dritter Stelle folgen finanzielle Gründe (16%).

Aufschlußreich ist, daß, rückschauend betrachtet, bei den 308 Kindern, die bereits einen Hauptschulabschluß erreicht haben, überwiegend (34%) angegeben wurde, das Kind habe keinen höheren Abschluß gewollt. Erst anschließend folgten finanzielle Gründe (22%) und Begründungen mit der schulischen Leistung (19%).

Die Befragung der Eltern von Kindern, die sich noch nicht bzw. noch im Schulbereich (ohne Berufsschulen) befanden und einen höheren als den Hauptschulabschluß erstrebten (1209 Kinder), erfaßt die auf der schulischen Leistung des Kindes beruhende Motivation nicht vollständig. Denn es wurde speziell nach einer besonderen Begabung des Kindes als Grund für den angestrebten höheren Abschluß gefragt, ein Grund, der für immerhin 19% der betreffenden Kinder genannt wurde. Vor dem Motiv „besondere Begabung“ rangierten allerdings noch „beträchtliche zukünftige Verdienstmöglichkeiten“ (28%) und „Hebung der sozialen Stellung“ (27%) als Beweggründe.

Insgesamt gesehen wird man sagen können, daß das Leistungsniveau des Kindes in der Motivationsbefragung im Rahmen der Mikrozensus-Zusatzbefragung als ein wichtiger Beweggrund für die Eltern bei der Schulwahl erscheint. In diesem Falle gibt eine Auskunft darüber, in welchem Alter des Kindes sich die Eltern bereits konkrete Vorstellungen hinsichtlich deren schulischer Ausbildung machen, auch Anhaltspunkte dafür, in welchem Alter die Eltern bereits Überlegungen über die Leistungsfähigkeit ihrer Kinder anstellen.

Wenn auch wegen der relativ geringen Besetzung der einzelnen Altersklassen die Ergebnisse mit Vorbehalt betrachtet werden müssen, so zeigt sich doch folgendes: Bei den Kindern unter vier Jahren wußten die Eltern überwiegend (zu über 50%) noch nicht, welchen Schulabschluß sie für ihr Kind anstreben werden. Jedoch bereits im vorschulischen Alter, von vier bis unter sieben Jahren, nimmt der Anteil derjenigen Kinder, über deren Ausbildungsweg sich die Eltern noch nicht im klaren

sind, auf 35% bis 41% ab. Im schulpflichtigen Alter verringert sich nun die „Weiß noch nicht“ – Quote mit steigendem Kindesalter: Bei den Siebenjährigen betrug sie noch 27%, bei den Achtjährigen 21%, bei den Neunjährigen 18%, bei den Zehnjährigen noch 10%, und bei den Dreizehnjährigen 4%. Soweit angesichts der geringen Maße noch schichtspezifische Aussagen möglich sind, ist diese Entwicklung sowohl bei den Beamten- und Angestelltenfamilien als auch bei den Familien der Arbeiter zu beobachten, wobei es den Anschein hat, daß die Arbeiterfamilien ihre unentschiedene Haltung etwas zögernder aufgeben als Beamte und Angestellte.

Diese Zahlen lassen erkennen, daß die Eltern, lange bevor die Entscheidung über die Wahl einer weiterführenden Schule getroffen werden muß, Überlegungen über den zu wählenden Bildungsweg anstellen. Wenn man dazu noch berücksichtigt, daß die Leistungsfähigkeit des Kindes eine nicht geringe Rolle bei diesen Überlegungen der Eltern spielt, so läßt das den Schluß zu, daß sich das soziale Bildungsgefälle als Leistungsgefälle offenbar bereits Jahre vor der entscheidenden Übergangsstelle – möglicherweise bereits im vorschulischen Bereich – anbahnt und entwickelt.

Gleiche Bildungschancen und Bildungsplanung – ein Zielkonflikt?

Bei der Verfolgung des Zieles, das soziale Bildungsgefälle zu verringern, kommt der vorschulischen Erziehung und der Förderung in der Grundschule entscheidende Bedeutung zu. In diesem Bereich des Bildungswesens kann die Entstehung eines weit auseinanderklaffenden Bildungsgefälles verhindert werden. Reformen im Sekundarbereich I oder ein entsprechend gezielter Ausbau des Weiterbildungssektors können dagegen lediglich ein bereits entstandenes Bildungsgefälle verringern helfen. Mit aus diesen Gründen genießen gegenwärtig Ausbau und Reform des Vorschul- und Grundschulbereichs in der Bildungspolitik des Landes besondere Priorität.

Ein Abbau des sozialen Bildungsgefälles würde unter den derzeit geltenden Übergangsbedingungen bedeuten, daß sich die Übergangsquoten aller anderen sozialen Schichten aus der 4. Klassenstufe derjenigen der Akademikerkinder nähern. Das hätte wiederum ein Ansteigen der Übergangsquoten auf Gymnasien um ein Mehrfaches der derzeitigen Höhe zur Folge, während die Hauptschulen und Realschulen an Bedeutung verlieren würden. Nach Auffassung der Bildungsplaner in Baden-Württemberg kann das Problem des sozialen Bildungsgefälles jedoch nicht dadurch gelöst werden, daß die Übergangsquoten auf Gymnasien in allen sozialen Schichten auf 90% ansteigen. Die Verbesserungen im Vor- und Grundschulbereich sind daher im Zusammenhang mit der Einführung der Orientierungsstufe und dem Ausbau der Hauptschule zu einer weiterführenden Schule zu sehen.

Dipl.-Volkswirt Hans Loreth

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts seit 1950

Vorbemerkung

Bereits vor einem Jahr konnten im Anschluß an die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das Bundesgebiet und auch für Baden-Württemberg überarbeitete und mit den Bundeswerten vergleichbare Werte des Bruttoinlandsprodukts vorgelegt werden, allerdings nur für die Jahre 1960 bis 1971¹. Es wurde nun allgemein als Mangel empfunden, daß nicht auch für das vorhergehende Jahrzehnt vergleichbare Zahlen vorliegen, um die Entwicklung über einen längeren Zeitraum verfolgen zu können. Um diese Lücke zu schließen, ist jetzt auch das Bruttoinlandsprodukt 1950 bis 1959 auf revidierte Länderzahlen umgerechnet worden. Diese kon-

zeptionell an die Neuberechnung angeglichenen Werte werden für Baden-Württemberg hiermit erstmals veröffentlicht, so daß nun für Untersuchungen und Analysen eine Zeitreihe über zwei Jahrzehnte vorliegt.

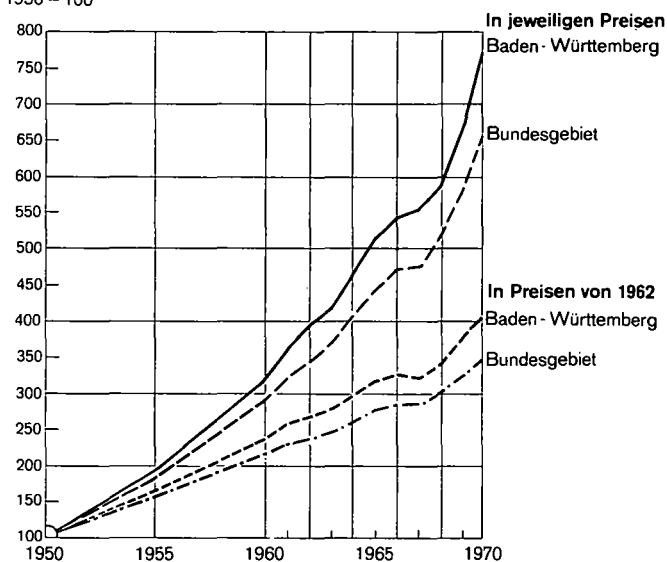
Wirtschaftswachstum über dem Bundesdurchschnitt

Das Bruttoinlandsprodukt gilt allgemein als die zusammenfassende Größe der in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet erbrachten wirtschaftlichen Leistung. Es läßt sich sowohl unter Zugrundelegung der jeweiligen Preise berechnen als auch zu konstanten Preisen eines Basisjahres, für das zur Zeit noch das Jahr 1962 verwendet wird.

¹ Vgl. Baden-Württemberg in Wort und Zahl Heft 5/1972, S. 163 ff.

Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet

1950 = 100



6073

Es ist sehr eindrucksvoll, die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts einmal über einen längeren Zeitraum zu verfolgen. Dabei läßt sich nicht nur eine Vorstellung gewinnen von dem Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch von gewissen Strukturverschiebungen bei den einzelnen Wirtschaftsbereichen.

Im Jahr 1950 betrug das Bruttoinlandsprodukt für Baden-Württemberg noch 13,4 Mrd. DM, im Jahr 1972 waren es 126 Mrd. DM, es hat sich also in dieser Zeit mehr als verneunfacht. Dabei ist allerdings zu beachten, daß es sich um jeweilige Preise handelt, daß sich also der Einfluß des ebenfalls laufend angestiegenen durchschnittlichen Preisniveaus mit auswirkt. Wenn zum Vergleich die Wirtschaftsleistung mit konstanten Preisen, in diesem Fall mit Preisen von 1962, bewertet wird, ergibt sich für denselben Zeitraum eine reale Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um etwas mehr als das Vierfache.

Nun ist es aber durchaus nicht so, daß das Wachstum gleichmäßig verlaufen wäre. Es zeigen sich vielmehr in den einzelnen Jahren sehr ausgeprägte Unterschiede in den Zuwachsraten, und die konjunkturellen Wellenbewegungen der Wirtschaft spiegeln sich im Auf und Ab der Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts deutlich wider.

Besonders das Bruttoinlandsprodukt zu konstanten Preisen gilt als wichtiger Indikator des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und dient deshalb häufig zur Abgrenzung der Wachstumszyklen. Faßt man die jeweils aufeinanderfolgenden Aufschwung- und Abschwungjahre zu einem Zyklus zusammen, so lassen sich für Baden-Württemberg seit 1950 ungefähr sechs Phasen der Wachstumszyklen abgrenzen², wobei die letzte mit dem Jahr 1972 erst begonnen hat und in Verlauf und Dauer sich noch nicht absehen läßt:

Der Beginn der ersten Phase kann vielleicht etwas ungenau abgegrenzt sein, da die Berechnungen erst ab 1950 vorgenommen wurden. Im übrigen kann festgestellt werden, daß die Wachstumszyklen sich ziemlich genau mit denen des Bundesgebiets decken; wenn auch die Ausschläge in den einzelnen Jahren manchmal verschieden stark sind, die Tendenz stimmt weitgehend überein.

In den fünfziger Jahren waren ganz allgemein die Zuwachsraten noch höher als im folgenden Jahrzehnt. Das ist leicht erklärlich, wenn man bedenkt, daß sie auf wesentlich kleineren Bezugsgrößen beruhen und daß es sich dabei um die Zeit des Wiederaufbaus handelt. Den im Zusammenhang mit den abgeschwächten Wachstumsraten zuweilen vorgebrachten Befürchtungen steht immer mehr die Erkenntnis gegenüber, daß das wirtschaftliche Wachstum, wenn es zu einem gewissen Niveau geführt hat, nicht mehr das Maß aller Dinge sein sollte. Produktionsausweitung um jeden Preis ist nicht unbedingt das Ideal der nachindustriellen Wohlstandsgesellschaft, und die Stimmen mehren sich, daß das wirtschaftliche Wachstum nunmehr auch danach beurteilt werden sollte, ob es zur Verbesserung der Lebensqualität im weiteren Sinne beiträgt. Außerdem sollte nicht übersehen werden, daß von einem hohen Niveau aus – wie wir es nunmehr erreicht haben – auch kleinere Zuwachsraten bereits eine beachtliche Steigerung des Volumens darstellen. Das wird bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung nur nach der Höhe der Wachstumsraten oft zu wenig oder garnicht berücksichtigt. Sehr eindrucksvoll kommt das zum Ausdruck, wenn der Wert des nominalen Bruttoinlandsprodukts 1960 verglichen wird mit 1950, wobei sich eine Zunahme um 29,3 Mrd. DM oder eine Steigerung von 219% ergibt. Zwischen 1960 und 1970 hat das Bruttoinlandsprodukt um 61 Mrd. DM, das sind 143%, zugenommen. Bei dieser nominalen Ausweitung des Bruttoinlandsprodukts sind zwei Faktoren bestimmend. Einmal ist es die reale wirtschaftliche Leistung, zum anderen aber auch in zunehmendem Maße die Entwicklung des Preisniveaus. Das kommt in den durchschnittlichen jährlichen Zuwachsraten deutlich zum Ausdruck. Sie betrugen in den Fünfzigerjahren nominal etwa 12% und real 9%, in den Sechzigerjahren nominal 10% und real 5,5%.

Eine Betrachtung der Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsprodukts über die nun vorliegenden zwei Jahrzehnte hinweg zeigt die günstige Ausgangslage, die durch den Korea-boom bestimmt wurde, der den Wiederaufschwung nachhaltig beeinflusste. Das führte im Jahr 1951 bei allen Bundesländern zu Zuwachsraten, in Baden-Württemberg waren es 25,5%, wie sie in dieser Höhe bisher nicht mehr erreicht wurden. Mit Ausnahme des Jahres 1953, das etwas ruhiger verlief, zeigten

Tabelle 1
Wachstumsraten des realen und nominalen Bruttoinlandsprodukts in den Konjunkturphasen ab 1950

Konjunkturphase		Baden-Württemberg		Bundesgebiet	
Wachstumszyklen	Jahr	real	nominal	real	nominal
1. 1951 bis 53 (3 Jahre)	1951	13,0	25,5	10,5	22,4
	1952	9,7	14,1	8,8	14,1
	1953	8,6	7,3	8,3	7,8
2. 1954 bis 58 (5 Jahre)	1954	9,9	10,0	7,7	7,7
	1955	12,8	15,1	12,1	14,4
	1956	7,4	10,5	7,2	10,4
	1957	6,2	10,2	5,6	8,9
	1958	5,2	9,2	3,5	7,1
3. 1959 bis 63 (5 Jahre)	1959	8,4	9,3	7,4	8,9
	1960	9,5	12,8	9,0	11,6
	1961	8,4	14,0	5,6	10,2
	1962	4,0	8,6	4,0	8,2
	1963	3,1	6,7	3,4	6,6
4. 1964 bis 67 (4 Jahre)	1964	8,0	11,1	6,8	9,7
	1965	6,6	10,5	5,7	9,4
	1966	2,3	5,9	2,8	6,5
	1967	- 0,4	1,0	- 0,2	1,0
5. 1968 bis 71 (4 Jahre)	1968	4,7	6,6	7,1	8,8
	1969	12,1	15,4	8,2	12,1
	1970 ¹⁾	6,3	13,7	5,9	13,4
	1971 ¹⁾	2,9	10,8	2,6	10,6
6. 1972	1972 ¹⁾		10,1	3,0	9,2

² Vgl. dazu auch Adolf Wagner: Die Wachstumszyklen in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1972, S. 5 ff.

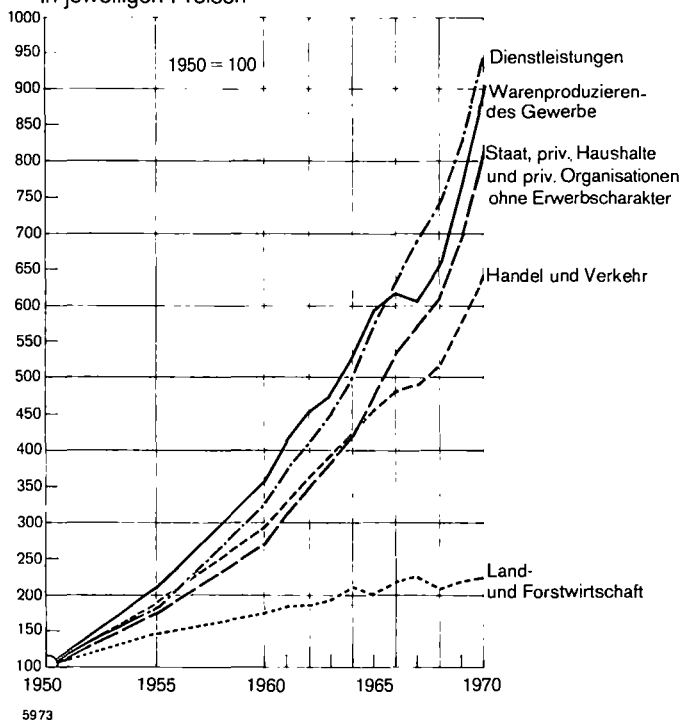
¹⁾ Vorläufige Ergebnisse. – ²⁾ Baden-Württemberg = eigene Schätzung.

Tabelle 2
Das Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern und im Bundesgebiet
 jeweilige Preise

Jahr	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)	Bundesgebiet
Millionen DM												
1950	3800	5614	11440	1748	31452	8655	5538	13408	16395	.	.	98050
1951	4409	6598	13631	2053	39133	10699	7015	16827	19645	.	.	120010
1952	4965	7536	15494	2462	45498	12019	8070	19201	21725	.	.	136970
1953	5264	7965	16764	2603	49747	12911	8704	20600	23162	.	.	147720
1954	5552	8501	18068	2784	52812	14168	9384	22654	25137	.	.	159060
1955	6129	9846	20394	3280	60825	16176	10588	26077	28685	.	.	182000
1956	6811	11204	22151	3668	67889	17675	11455	28815	31282	.	.	200950
1957	7564	12471	23770	4079	74078	19013	12041	31746	34128	.	.	218890
1958	8329	13527	26077	4345	77162	20708	12743	34652	36827	.	.	234370
1959	8925	14686	28459	4714	83218	22744	13867	37860	40667	.	.	255140
1960	9758	16190	31451	5088	92988	25686	15367	42707	45462	.	.	284770*
1960	9758	16190	31451	5088	92988	25686	15367	42707	45462	5470	12383	302550
1961	10898	17691	34575	5426	100442	28726	16677	48670	50937	5956	13453	333450
1962	12374	19101	37793	5953	107919	31415	18043	52863	54969	6229	14250	360910
1963	13098	20341	40520	6304	113490	33935	19629	56387	59504	6624	14938	384770
1964	13987	21736	44277	6837	124158	37622	21558	62621	65951	7115	16278	422140
1965	15422	23451	47410	7480	135892	41489	23824	69209	72347	7635	17861	462020
1966	16478	25518	50427	7737	142252	44431	26369	73325	78650	7798	19114	492100
1967	17068	26635	49546	8067	142324	45409	27566	74066	78948	7694	19536	496860
1968	18501	27824	53909	8326	156791	49076	29552	78990	88600	7920	21052	540540
1969	20126	29452	61503	9256	173328	55594	33162	91165	99707	9114	23272	605680
1970 ¹⁾	22878	33978	67030	10518	198621	63835	37419	103693	112729	10640	25619	686960
1971 ¹⁾	25764	37241	74490	11865	216773	71189	42128	114988	125407	12025	27871	759740
1972 ²⁾	28700	39900	81200	13000	233400	78600	47100	126500	138400	13000	30100	829900
Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber dem Vorjahr in %												
1951	16,0	17,5	19,2	17,4	24,4	23,6	26,7	25,5	19,8	.	.	22,4
1952	12,6	14,2	13,7	19,9	16,3	12,3	15,0	14,1	10,6	.	.	14,1
1953	6,0	5,7	8,2	5,7	9,3	7,4	7,9	7,3	6,6	.	.	7,8
1954	5,5	6,7	7,8	7,0	6,2	9,7	7,8	10,0	8,5	.	.	7,7
1955	10,4	15,8	12,9	17,8	15,2	14,2	12,8	15,1	14,1	.	.	14,4
1956	11,1	13,8	8,6	11,8	11,6	9,3	8,2	10,5	9,1	.	.	10,4
1957	11,1	11,3	7,3	11,2	9,1	7,6	5,1	10,2	9,1	.	.	8,9
1958	10,1	8,5	9,7	6,5	4,2	8,9	5,8	9,2	7,9	.	.	7,1
1959	7,2	8,6	9,1	8,5	7,8	9,8	8,8	9,3	10,4	.	.	8,9
1960	9,3	10,2	10,5	7,9	11,7	12,9	10,8	12,8	11,8	.	.	11,6
1961	11,7	9,3	9,9	6,6	8,0	11,8	8,5	14,0	12,0	8,9	8,6	10,2
1962	13,5	8,0	9,3	9,7	7,4	9,4	8,2	8,6	7,9	4,6	5,9	8,2
1963	5,8	6,5	7,2	5,9	5,2	8,0	8,8	6,7	8,3	6,3	4,8	6,6
1964	6,8	6,9	9,3	8,5	9,4	10,9	9,8	11,1	10,8	7,4	9,0	9,7
1965	10,3	7,9	7,1	9,4	9,5	10,3	10,5	10,5	9,7	7,3	9,7	9,4
1966	6,9	8,8	6,4	3,4	4,7	7,1	10,7	5,9	8,7	2,1	7,0	6,5
1967	3,6	4,4	- 1,7	4,3	0,1	2,2	4,5	1,0	0,4	- 1,3	2,2	1,0
1968	8,4	4,5	8,8	3,2	10,2	8,1	7,2	6,6	12,2	2,9	7,8	8,8
1969	8,8	5,9	14,1	11,2	10,5	13,3	12,2	15,4	12,5	15,1	10,5	12,1
1970 ¹⁾	13,7	15,4	9,0	13,6	14,6	14,8	12,8	13,7	13,1	16,7	10,1	13,4
1971 ¹⁾	12,6	9,6	11,1	12,8	9,0	11,5	12,6	10,8	11,2	13,0	8,8	10,6
1972 ²⁾	11,2	7,2	9,0	9,6	7,7	10,5	11,8	10,1	10,4	7,8	7,9	9,2
Meßzahlen (1950 = 100)												
1955	161	175	178	188	193	187	191	194	175	.	.	186
1960	257	288	275	291	296	297	277	319	277	.	.	290
1965	406	418	414	428	432	479	430	516	441	.	.	444
1970 ¹⁾	602	605	586	602	632	738	676	773	688	.	.	659
1972 ²⁾	754	711	709	744	742	909	850	944	844	.	.	797
Meßzahlen (1960 = 100)												
1950	39	35	36	34	34	34	36	31	36	.	.	34
1955	63	61	65	64	65	63	69	61	63	.	.	64
1965	158	145	151	147	146	162	155	162	159	140	144	153
1970 ¹⁾	234	210	213	207	214	249	243	243	248	195	207	227
1972 ²⁾	294	247	258	256	251	306	307	296	304	.	.	274
Anteil der Länder am Bundesgebiet in %												
1950	3,9	5,7	11,7	1,8	32,1	8,8	5,6	13,7	16,7	.	.	100
1955	3,4	5,4	11,2	1,8	33,4	8,9	5,8	14,3	15,8	.	.	100
1960	3,4	5,7	11,0	1,8	32,7	9,0	5,4	15,0	16,0	.	.	100
1960	3,2	5,4	10,4	1,7	30,7	8,5	5,1	14,1	15,0	1,8	4,1	100
1965	3,3	5,1	10,3	1,6	29,4	9,0	5,2	15,0	15,7	1,7	3,9	100
1970 ¹⁾	3,3	4,9	9,8	1,5	28,9	9,3	5,4	15,1	16,4	1,5	3,7	100
1972 ²⁾	3,5	4,8	9,8	1,6	28,1	9,5	5,7	15,2	16,7	1,6	3,6	100

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis. - ²⁾ Länderwerte = eigene Schätzung. - *) Methodische Unterschiede zwischen Bundes- und Länderberechnung „Staat“, deshalb Differenzen in der Quersumme.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche in Baden-Württemberg von 1950 bis 1970 – in jeweiligen Preisen –



die folgenden Jahre bis 1960 eine ziemlich gleichbleibende Steigerung mit Zuwachsraten um 10% und darüber. Nach einer leichten Abschwächung im Jahre 1958, setzte in den folgenden drei Jahren wieder ein beachtlicher Aufschwung ein, der sich 1961 bis zu einer Zuwachsrate von 14% steigerte. Die Aufwertung der Deutschen Mark im Jahre 1960, die den Finanzierungsspielraum der Exportindustrie einengte, wirkte sich nur 1962 und 1963 in etwas geringeren Wachstumsraten aus. Der daran anschließende zweijährige Boom ging schon von 1966 ab in eine Konjunkturlaute über, die 1967 ihren Tiefpunkt erreichte mit nahezu stagnierendem nominalen und abnehmendem realen Bruttoinlandsprodukt. Dies war der schwerste Konjunkturreinbruch der Nachkriegszeit, und von allen Bundesländern war Baden-Württemberg davon mit am stärksten betroffen. Auch die anschließende, durch zahlreiche konjunktursützende Maßnahmen geförderte konjunkturelle Erholung dauerte in Baden-Württemberg gegenüber manchen anderen Bundesländern ein Jahr länger, brachte dann aber im

Jahr 1969 mit 15% dafür die höchste Zuwachsrate. Damit war ein neuer Konjunkturrückgang erreicht, und die Zuwachsraten gingen in den folgenden Jahren wieder etwas zurück. Sie lagen aber doch bis 1971 immerhin noch nahe 11%, wobei allerdings Teuerungsraten von 7 bzw. 7,5% enthalten waren. Im Jahr 1972 nahm das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen nach den ersten vorläufigen Berechnungen um 10,1% auf 126,5 Mrd. zu. Die Zuwachsrate war etwas geringer als im Vorjahr (10,8%).

Anteil des Produzierenden Gewerbes 60%

Da sich das Bruttoinlandsprodukt aus der Leistung der Wirtschaftsbereiche zusammensetzt, läßt sich aus deren Beiträgen zum Bruttoinlandsprodukt ein anschauliches Bild der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Bereiche und damit von der Wirtschaftsstruktur eines Landes gewinnen.

In Baden-Württemberg wird die Höhe und die Gesamtentwicklung des Bruttoinlandsprodukts wie in keinem anderen Bundesland in einem überaus starken Maß vom Warenproduzierenden Gewerbe bestimmt, das nahezu 60% des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet. Allein das Verarbeitende Gewerbe hat einen Anteil von 49%. Das Warenproduzierende Gewerbe weist von 1960 bis 1971 zu jeweiligen Preisen ein Wachstum von 173% auf und liegt damit über dem Durchschnitt (169%).

Zu den wachstumsverstärkenden Bereichen zählen in zunehmendem Maße auch die Dienstleistungen, zu denen unter anderem die Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und die Wohnungsvermietung zählen. Die wirtschaftliche Leistung dieses Sektors hat sich von 4,8 Mrd. DM im Jahr 1960 auf 15,8 Mrd. DM im Jahr 1971 erhöht, was einer Steigerung um 233% entspricht. Dank einer überdurchschnittlichen Entwicklung, die bereits im Jahr 1956 einsetzte, haben die Dienstleistungen ihren Anteil am Bruttoinlandsprodukt, der anfangs der Fünfzigerjahre noch um 10% betrug, auf über 13% gesteigert.

Einen zwar geringeren, aber ebenfalls ständig im Wachsen begriffenen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt leistet der Staat einschließlich der Privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Im Jahr 1960 trug dieser Bereich 3,5 Mrd. DM zum Bruttoinlandsprodukt bei, im Jahr 1971 waren es 12,6 Mrd. DM. Durch diese überdurchschnittliche Ausdehnung um 260% hat sich auch der Anteil am Bruttoinlandsprodukts im gleichen Zeitraum von 8,2% auf 10,8% vergrößert. Hier muß man allerdings berücksichtigen, daß es sich aus methodischen Gründen bei der Messung der Leistungen des Staates um reine Kostenpreise handelt, daß also die Entwicklung weitgehend preisbedingt ist, das heißt auf Lohn- und Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst beruht. Der Anteil des Staates am Bruttoinlandsprodukt zu konstanten Preisen zeigt eher die Tendenz einer leichten Abnahme.

Tabelle 3

Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt jeweilige Preise

Wirtschaftsbereiche	1950	1955	1960	1965	1970 ²⁾	1971 ¹⁾	1950	1955	1960	1965	1970 ²⁾	1971 ²⁾
	Mill. DM						Anteil in %					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 389	2 077	2 444	2 816	3 127	3 183	10,4	8,0	5,7	4,1	3,0	2,7
Warenproduzierendes Gewerbe	6 869	14 438	24 776	40 846	62 050	67 735	51,2	55,4	58,0	59,0	59,2	58,2
Energiewirtschaft und Bergbau	355	680	1 216	1 534	2 276	2 520	2,6	2,6	2,8	2,2	2,2	2,2
Verarbeitendes Gewerbe	5 736	11 967	20 396	33 356	51 263	55 195	42,8	45,9	47,8	48,2	48,9	47,5
Baugewerbe	778	1 791	3 163	5 957	8 511	10 020	5,8	6,9	7,4	8,6	8,1	8,6
Handel und Verkehr	2 417	4 548	7 235	11 026	15 521	16 967	18,0	17,4	16,9	15,9	14,8	14,6
Handel	1 578	3 173	5 106	7 985	11 076	11 949	11,8	12,2	12,0	11,5	10,6	10,3
Verkehr und Nachrichten	839	1 375	2 128	3 041	4 445	5 018	6,3	5,3	5,0	4,4	4,2	4,3
Dienstleistungsunternehmen	1 454	2 741	4 764	8 392	13 694	15 848	10,8	10,5	11,2	12,1	13,1	13,6
Staat, private Haushalte und private Organisationen ¹⁾	1 279	2 273	3 489	6 130	10 379	12 563	9,5	8,7	8,2	8,9	9,9	10,8
Bruttoinlandsprodukt insgesamt	13 408	26 077	42 707	69 209	103 693	114 988	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Ohne Erwerbscharakter. – ²⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 4
Bruttoinlandsprodukt
jeweilige Preise

Wirtschaftsgliederung	Mill. DM			Anteil in %		
	1960	1965	1970 ¹⁾	1960	1965	1970 ¹⁾
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	2444	2816	3127	5,7	4,1	3,0
Landwirtschaft	1990	2304	2514	4,7	3,3	2,4
Forstwirtschaft	400	395	483	0,9	0,6	0,5
Fischerei, gewerbliche Gärtnerei, Tierhaltung	54	117	130	0,1	0,2	0,1
Warenproduzierendes Gewerbe	24 776	40 846	62 050	58,0	59,0	59,2
Energiewirtschaft und Bergbau	1 216	1 534	2 276	2,8	2,2	2,2
Energiewirtschaft und Wasserversorgung	1 147	1 446	2 208	2,7	2,1	2,1
Bergbau	69	88	68	0,2	0,1	0,1
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	20 396	33 356	51 263	47,8	48,2	48,9
Chemische Industrie, Mineralöl- verarbeitung usw.	1 273	2 085	4 582	3,0	3,0	4,4
Gewerbe der Steine und Erden, Feinkeramik, Glasgewerbe	818	1 386	2 131	1,9	2,0	2,0
Eisen- und NE-Metallerzeugung und -bearbeitung	1 031	1 854	3 180	2,4	2,7	3,0
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	5 419	9 606	15 338	12,7	13,9	14,6
Elektrotechnik, Feinmechanik, Herstellung von EBM-Waren usw.	4 227	7 060	10 594	9,9	10,2	10,1
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	2 260	3 685	5 883	5,3	5,3	5,6
Textilgewerbe	1 758	2 581	3 298	4,1	3,7	3,1
Leder- und Bekleidungsgewerbe	1 121	1 646	1 750	2,6	2,4	1,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	2 488	3 452	4 507	5,8	5,0	4,3
Baugewerbe	3 163	5 957	8 511	7,4	8,6	8,1
Handel und Verkehr	7 235	11 026	15 521	16,9	15,9	14,8
Handel	5 106	7 985	11 076	12,0	11,5	10,6
Großhandel, Handelsvermittlung	2 831	4 064	5 660	6,6	5,9	5,4
Einzelhandel	2 275	3 921	5 417	5,3	5,7	5,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2 128	3 041	4 445	5,0	4,4	4,2
Eisenbahnen	832	919	1 141	1,9	1,3	1,1
Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen	26	49	89	0,1	0,1	0,1
Übriger Verkehr	666	1 084	1 584	1,6	1,6	1,5
Nachrichtenübermittlung (Deutsche Bundespost)	605	988	1 632	1,4	1,4	1,6
Dienstleistungsunternehmen	4 764	8 392	13 694	11,2	12,1	13,1
Kreditinstitute und Versicherungs- unternehmen	880	1 473	2 358	2,1	2,1	2,3
Kreditinstitute	614	1 027	1 752	1,4	1,5	1,7
Versicherungsunternehmen	266	446	606	0,6	0,6	0,6
Wohnungsvermittlung	1 070	2 169	3 886	2,5	3,1	3,7
Sonstige Dienstleistungen	2 814	4 750	7 450	6,6	6,9	7,1
Gaststätten und Beherbergungsgewerbe	549	857	1 205	1,3	1,2	1,1
Wissenschaft, Bildung, Kunst und Publizistik	438	677	903	1,0	1,0	0,9
Gesundheits- und Veterinärwesen	516	912	1 563	1,2	1,3	1,5
Übrige Dienstleistungen	1 311	2 304	3 780	3,1	3,3	3,6
Unternehmen zusammen	39 218	63 079	93 314			
darunter Handwerk	5 464	9 147	13 937	12,8	13,2	13,3
Staat	2 821	5 168	8 921	6,6	7,5	8,5
Gebietskörperschaften	2 676	4 923	8 505	6,3	7,1	8,1
Sozialversicherung	145	245	415	0,3	0,4	0,4
Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	668	962	1 458	1,6	1,4	1,4
Private Haushalte (häusl. Dienste)	294	325	419	0,7	0,5	0,4
Private Organisationen ohne Erwerbscharakter	374	637	1 039	0,9	0,9	1,0
Bruttoinlandsprodukt	42 707	69 209	103 693	100	100	100

¹⁾ Vorläufiges Ergebnis; für die Bereiche im Unternehmenssektor einschließlich Differenz aus Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen und Investitionssteuer. Der Wert für „Unternehmen zusammen“ und das Bruttoinlandsprodukt sind global um diesen Wert bereinigt.

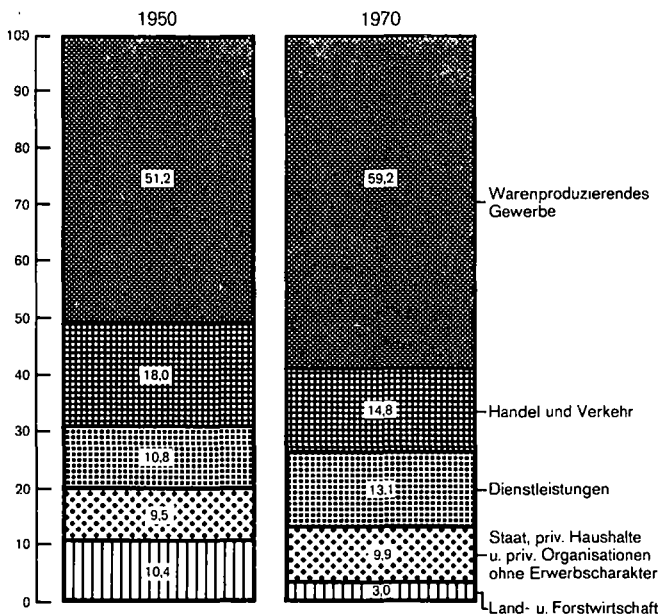
Beim zusammengefaßten Bereich Handel und Verkehr erreichte die Wachstumsrate weder in jeweiligen noch in konstanten Preisen den Gesamtdurchschnitt. Der Anteil am Bruttoinlandsprodukt, der 1950 bei 18% lag und bis 1959 immerhin über 17% betrug, ging bis zum Jahr 1971 auf 14,6% zurück. Nach wie vor steht dieser Bereich, wenn auch mit großem Abstand zum Warenproduzierenden Gewerbe, der Größe nach aber mit 17 Mrd. an zweiter Stelle.

Verhältnismäßig schwache Wachstumsimpulse auf das Bruttoinlandsprodukt gingen in Baden-Württemberg von der Land- und Forstwirtschaft aus. Nun ist es aber durchaus nicht so, daß hier keine Zunahmen zu verzeichnen wären, doch hatten sie eben nicht das Ausmaß wie zum Beispiel beim Verarbeitenden Gewerbe. Von 1960 bis 1971 hat die Land- und Forstwirtschaft ihre Leistung nach jeweiligen Preisen nur um 30% steigern können, während der Zuwachs des Bruttoinlands-

produkts insgesamt in dieser Zeit 169% betrug. Die Folge davon war, daß sich die Bedeutung der Landwirtschaft im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Leistung beträchtlich verringerte. Während noch 1950 in diesem Sektor 10,4% des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet wurden, ging der entsprechende Anteil 1971 auf 2,7% zurück.

Eine solche Entwicklung ist charakteristisch für hochindustrialisierte Länder und auf eine Reihe von Ursachen zurückzuführen: Mit zunehmendem Einkommen und nach Erreichen eines gewissen Sättigungsgrades nimmt die Nachfrage nach Nahrungsmitteln langsamer zu als die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen anderer Bereiche. Es kommt hinzu, daß im allgemeinen die Preisentwicklung landwirtschaftlicher Erzeugnisse hinter der Preisentwicklung der übrigen Güter zurückblieb. Auch Umstrukturierungsmaßnahmen, durch die die Zahl der Betriebe und der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft erheblich verringert wurden, spielen eine Rolle.

Anteil der Wirtschaftsbereiche am Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg 1950 und 1970 in jeweiligen Preisen



5873

Unter den Bundesländern in der Spitzengruppe

Die unterschiedliche Größe und Wirtschaftsstruktur der Bundesländer kommt natürlich auch im Bruttoinlandsprodukt zum Ausdruck. So hatte 1971 Nordrhein-Westfalen einen Anteil am Bundesergebnis von 28,5%, es folgen Bayern mit 16,5% und Baden-Württemberg mit 15,1%. Die Entwicklung der nominalen Wirtschaftsleistungen in den einzelnen Bundes-

Tabelle 5

Das Bruttoinlandsprodukt in DM je Einwohner in den Bundesländern¹⁾ jeweilige Preise

Land	1950	1960	1963	1972 ²⁾
Baden-Württemberg	2 132	5 626	7 011	13 900
Nordrhein-Westfalen	2 434	5 925	7 000	13 600
Hessen	2 040	5 432	6 850	14 300
Bayern	1 800	4 843	6 096	12 900
Rheinland-Pfalz	1 903	4 545	5 633	12 800
Niedersachsen	1 696	4 774	6 002	11 300
Saarland		5 204	6 018	11 600
Schleswig-Holstein	1 463	4 253	5 581	11 200
Hamburg	3 614	8 881	11 015	22 500
Bremen	3 224	7 316	8 797	17 700
Berlin (West)		5 630	6 867	14 500
Bundesgebiet	2 090	5 458	6 704	13 500

¹⁾ Die Pro-Kopf-Werte sind bei den Küstenländern nur mit Vorbehalt vergleichbar. – ²⁾ Eigene Schätzung.

ländern bewegt sich zwar im Rahmen des allgemeinen Konjunkturverlaufs, die jährlichen Veränderungsraten weichen aber oft nicht unerheblich voneinander ab. Dadurch haben sich in der zeitlichen Entwicklung die Anteile der Länder am Bundesergebnis mehr oder weniger verschoben. Die stärksten Veränderungen hat Baden-Württemberg aufzuweisen, das seinen Anteil am Bundesgebiet von 13,7% im Jahr 1950 auf 15,1% im Jahr 1971 vergrößern konnte, und Nordrhein-Westfalen, dessen Anteil in dieser Zeit von 32,1% auf 28,5% zurückging. Nur Hessen konnte – wenn auch in gerin-

gerem Ausmaß – seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt des Bundesgebiets vergrößern. Die Wirtschaft Baden-Württembergs hat sich aber zweifellos als eine der expansivsten unter den Ländern des Bundesgebiets erwiesen.

Besonders deutlich zeigt das die Entwicklung zwischen 1950 und 1960, die für Baden-Württemberg ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 219% und einen großen Vorsprung gegenüber den übrigen Bundesländern brachte. Wenn auch in der weiteren Entwicklung andere Bundesländer zum Teil etwas höhere Zuwachsraten aufweisen, so liegt es doch nach wie vor deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Auf Grund der über einen längeren Zeitraum sich herausbildenden Wachstumsdifferenzen veränderte sich auch das wirtschaftliche Gefälle innerhalb der Bundesrepublik, wenn wir es am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner messen. Nordrhein-Westfalen nahm von 1950 bis 1962 mit seinem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner unter den Flächenländern vor Baden-Württemberg unangefochten die Spitzenstellung ein. Von 1963 ab hat sich unter den Flächenländern eine Spitzengruppe herausgebildet mit Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Hessen, die wechselweise den ersten Platz einnehmen, so zum Beispiel Baden-Württemberg von 1963 bis 1966. Zur Zeit steht Baden-Württemberg mit nur geringem Abstand an zweiter Stelle, da sich die überdurchschnittliche Bevölkerungszunahme Baden-Württembergs bei einer Berechnung je Kopf der Wohnbevölkerung stark auswirkte. Bemerkenswert ist aber, daß die Unterschiede zwischen den stärkeren Ländern und den bisher schwächsten Ländern immer geringer werden. So betrug zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Schleswig-Holstein im Jahr 1950 nur 60,1% von dem Nordrhein-Westfalens, 1960 waren es 71,8% und 1972 bereits 78% vom hessischen Durchschnitt.

Unter den Ländern hat sich in dem hier vorliegenden Beobachtungszeitraum ganz allgemein ein relativ weitgehender Ausgleichsprozeß abgespielt, der offenbar noch weiter anhält. Dabei ist zu beachten, daß für die Küstenländer und selbständigen Stadtstaaten bei Niveauvergleichen Vorbehalte zu machen sind.

Zusammenfassung

Mit den vorliegenden Ergebnissen stehen wieder vergleichbare Zahlen über das Bruttoinlandsprodukt ab 1950 zur Verfügung. Da damit die Entwicklung über einen längeren Zeitraum verfolgt werden kann, lassen sich vor allem auch strukturelle Änderungen besser erkennen. So hat die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche zu gewissen tiefgreifenden Umschichtungen geführt, die hauptsächlich darin zum Ausdruck kommen, daß die Wirtschaftsstruktur und die gesamtwirtschaftliche Leistung des Landes noch ausgeprägter als vorher durch das Verarbeitende Gewerbe bestimmt wird, das nahezu 60% des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet, ferner, daß der Beitrag der Dienstleistungen im Steigen begriffen ist und daß der Anteil der Landwirtschaft, der 1950 noch 10,4% betrug, auf 2,7% zurückging.

Ein langfristiger Vergleich zeigt außerdem, daß das wirtschaftliche Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt liegt, und daß von Baden-Württemberg somit ein das Bruttoinlandsprodukt des Bundes stark fördernder Einfluß ausgeht. Von 1950 bis 1960 hatte Baden-Württemberg von allen Bundesländern mit einer Zunahme von 219% das größte wirtschaftliche Wachstum aufzuweisen und wenn neuerdings das eine oder andere Land dabei ist, aufzuholen und zum Teil ähnlich hohe oder höhere jährliche Wachstumsraten aufzuweisen hat, so zählt Baden-Württemberg doch immer noch mit zur Spitzengruppe.

Dr. Georg Wuchter